

# Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Altbau

**Bezugspreis** einschließlich Briefporto monatlich 980.— M., durch die Post bezogen monatlich 990.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 280.— M., Einzelnummer 60.— M., Sonnabendnummer 70.— M.  
**Telegraphische Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

**Abdruckrecht:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
**Sprechstunden** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
**Geschäftszeit** von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

**Anzeigenpreis:** die 6 Spalten, Nonpareilzeile 100.— M., die Reklamazeile 400.— M., auswärts 125.— u. 200.—, Ausland 800.— M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnebenlegung 80 M.

Nr. 16

Dresden, Freitag den 19. Januar 1923

34. Jahrg.

## Abdroffelung der Kohlenzufuhr

Offen, 18. Januar. (B. L. Z.) Bisher sind 14 Schleppzüge, die Ruhrkohle für Deutschland geladen hatten, auf der Rede von Duisburg von den Franzosen für beschlagnahmt erklärt worden und haben die Weisung erhalten, bis Mainz zu gehen, wo sie weitere Weisung bekommen würden. Auf dem Rhein-Ruhr-Kanal ist der gesamte Schiffsverkehr über die Schleufe 7 hinaus, die zwischen Verne und Neulingen liegt, verhindert worden. Das bedeutet praktisch die Verhinderung aller Kohlentransporte aus dem neu besetzten Gebiet in das unbesetzte. Auch der bereits angekündigte Eingriff in das Eisenbahnenwesen ist erfolgt. Auf verschiedenen Stationen sind nach dem unbesetzten Deutschland rollende Kohlenzüge und Kohlenwagen angehalten worden, so in Langendreer und Verne, wo mit militärischem Zwang mit Kohlen für Mitteldeutschland beladene Züge festgehalten wurden und Befehl erhielten, westwärts zu fahren. Die Beschlagnahmen scheinen rasch einen großen Umfang anzunehmen. Als Folge der Beschlagnahmen hat sich die Kohlenzufuhr in den Osten Duisburg und Ruhrort bereits gestern um 50 v. H. vermindert und vermindert sich heute noch mehr.

**Der Gegenstand der deutschen Regierung**  
Berlin, 18. Januar. Den Beamten und Arbeitern der Reichsbahnen ist den Bestimmungen des Reichskohlenkommissars entsprechend unterstellt worden, Kohlen für Frankreich und Belgien zu beschaffen oder bei der Umleitung deutscher Kohlenzüge nach diesen Ländern mitzuwirken.

Offen, 19. Januar. Der Präsident des Eisenbahnbetriebs Offen hat das Verlangen der französischen Besatzungsbehörde auf Umleitung von Kohlenzügen abgelehnt.

**Ein schlechtes Geschäft**  
Offen, 19. Januar. Die Reichsregierung hat für das besetzte Ruhrgebiet einen Vorstoß von einer Milliarde Mark zur Verfügung gestellt, aus dem Entschädigungen für Inhaber der Besatzung erlassenen Personen und Sachanlagen gezahlt werden.

Seit über acht Tagen befinden sich französische Truppen im Ruhrgebiet. Ihr Aufmarsch hat Willkür geübt, während man in der französischen Regierung für den Wiederbau des Nordfrankreichs kein finanzielles Verständnis aufbringt und ihr auch der düstere Ausblick wenig Sorge macht. Und was hat Herr Poincaré die sogenannte „wirtschaftliche Aktion“, die mit Gasmaschinen, schwerer Artillerie und Winterreifen begann, bisher eingeleitet? Nach der amtlichen französischen Statistik sage und schreibe 5812 Tonnen Kohle und 587 Tonnen Kohlen, also noch nicht einmal ein Viertel eines französischen Tagesbedarfs. Dagegen lieferte Deutschland während der letzten Monate durchschnittlich fast 2 Millionen Tonnen Kohlen allein an Frankreich, also rund 67 000 Tonnen täglich. Diese Mengen wurden geliefert, ohne daß sie Frankreich einen Centimes kosteten, während die nach der amtlichen französischen Statistik bisher beschlagnahmten Mengen, die requiriert werden mußten durch den Kaufpreis eines ungeheuren militärischen Apparates, der Willkürkosten kostete, schließlich nach acht Tagen aufgeboben werden konnten. Das ist der „wirtschaftliche“ Sinn Poincarés!

**Zwangsvorfürhungen — Verhaftungen**  
Offen, 18. Januar. Fünf Besatzungsbeamte waren vor die Besatzungsbehörde zitiert worden. Die ein gerichtliches Verfahren gegen sie einleiten will. Sie hielten alle ihre Weigerung, Kohle für Frankreich zu liefern, unter Berufung auf das ihnen vom Reichskohlenkommissar erteilte Verbot aufrecht. Zum Schluß wurde ihnen eröffnet, daß von ihrer Verhaftung vorläufig Abstand genommen werde, daß sie sich aber jederzeit zur Verfügung des Kriegesgerichts zu halten hätten.

legen. General Devigne hat dem Regierungspräsidenten Dr. Gröhner mitgeteilt, daß die Beschlagnahme von Schlamm erfolgt sei wegen Verhinderung der Kohlenzufuhr. Ein Befehl der Besatzungsbehörde und wegen „äußerster Unversichtlichkeit“ im Verlauf einer Unterhaltung.

**Bochums Stadtbehörden obdachlos**  
Bochum, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem die Franzosen durch die Freischaltung eines jungen Mannes die Verletzung ausreizen provoziert haben, ist nun durch die Einquartierung von Truppenteilen in dem Stadtverordnetenversammlungssaal und den Magistratssälen im Rathaus der Einwohnerhaft eine neue Demütigung zugefügt worden. Magistrat und Stadtvorstandsversammlung können keine Sitzungen abhalten, weil ihnen keine Räume zur Verfügung stehen. Trotzdem vom Besatzungsamt der Besatzungsbehörde andere Räumlichkeiten angewiesen wurden, weigert sie sich, das Rathaus zu räumen. Der französische Oberst, dessen Soldaten den Zwischenfall von Bochum auf dem Weissen haben, indem sie ohne vorhergehende Warnung in die demonstrierende Menge schossen, ist von seinem Posten abberufen worden. Auch das Regiment ist durch ein anderes abgelöst worden.

**Protest der französischen Gewerkschaften**  
Paris, 17. Januar. (B. L. Z.) Der Allgemeine Französische Gewerkschaftsbund hat anlässlich der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen eine Protestkundgebung veranstaltet, in der es heißt: Regierung und Parlament unseres Landes haben soeben den Triumph des Söldens und des Halbheils über die Vernunft und den gekündeten Menschheitsvertrag besiegelt; sie haben auch gegen die Politik der Gewalt und der wirtschaftlichen Notwendigkeit verstoßen, während sie gleichzeitig im Ausland Maßnahmen britischer Reaktion anwenden, die bis zur Aufgabe des Erörterungsrechts und des Kontrollrechts durch die Mehrheit der Kammer des Nationalen Volkskongresses der Regierungsdiktatur gehen.

Der Allgemeine Französische Gewerkschaftsbund erinnert daran, daß die militärische Besetzung des Ruhrgebietes ein gefährlicher Verrat und eine Schande ist. Ein Verstoß, weil die Last der Reparationen durch beträchtliche militärische Kosten, durch den Unterhalt und die Verproviantierung einer stark bevölkerten Gegend erhöht werden wird, ohne daß der Nutzen gezeigt werden kann, der daraus zu erzielen ist. Ein Verstoß, weil selbst der Ministerpräsident erklärt hat, daß England recht haben kann, wenn es sagt, daß eine Währungsreform nicht produktiver wird. Diesen Verstoß werden die französischen Arbeiter zunächst mit einer Erhöhung ihrer Steuern um 20 Prozent zu bezahlen haben. Die militärische Besetzung des Ruhrgebietes ist eine Schande, weil die Menschheit und die Völker, die nach Versöhnung und Frieden streben, diesem militärischen Abenteuer nur geistlichen Haß und keine zu neuen Konflikten zu verhandeln haben werden; eine Schande, weil ein Teil des Proletariats eines Landes mit dem Recht des Stärkeren zur Sklaverei gezwungen wird, indem das Recht des Stärkeren die Arbeit als Ware betrachtet. Der Allgemeine Französische Gewerkschaftsbund stellt diese Politik der Gewalt nach außen und der Reaktion nach innen an den Pranger. Er beschwört die Arbeiterklasse, diesem Doppelsverbrechen keinen Vorschub zu leisten. Er ruft den französischen Arbeitern zu: „Schließt euch dem Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbund an; erhebt gegen die schamhaften Rekruten, die man in einem Namen an den besetzten, empörten Protest; verweigert nicht, daß die militärische Besetzung des Ruhrgebietes tobender Folgen haben wird und um neuen blutigen Konflikten führen kann. Fordert, daß die Reparationsfrage sofort einem Schlichtungsgericht vorgelegt wird. Der Völkerverbund muß von uns allen herbeigerufen werden, um diesen Wirtschaftskrieg zu schlichten, indem er von politischen Hiesigkeiten, militärischen Ambitionen, finanziellen und kapitalistischen Intrigen befreit wird.“

**Die Sozialdemokratie in Böhmen fordert sofortige Abhaltung des internationalen Kongresses**  
Prag, 17. Januar. Der Volkskongress der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der tschech.-slowakischen Republik hat in seiner letzten Sitzung an dem Anschlag der französischen und der belgischen Regierung auf Deutschland, den die militärische Besetzung des Ruhrgebietes bedeutet, Stellung genommen und einstimmig dagegen Protest erhoben. Er sprach der deutschen Arbeiterklasse innigste Sympathie aus und erklärte: Die Aktion zur Erhaltung des Friedens muß international organisiert werden. In dem Augenblick, da der Nationalismus und Imperialismus die Welt auf neue in Brand zu setzen und die Arbeiterklasse Europas neuerlich das Opfer des Trägers des Kapitalismus zu werden droht, muß das internationale sozialistische Proletariat sich zu gemeinsamer Aktion zusammenschließen. Aus diesem Grunde sollte der Volkskongress der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der tschech.-slowakischen Republik den Bescheid, die sofortige Abhaltung des für den Monat Mai in Hamburg geplanten internationalen Sozialistenkongresses zu verlangen.

## Die bayerische Rüsselzelle

Seitdem b. Fahr, nach den Begriffen der bayerischen Reaktionäre, das Muster eines pflichttreuen Beamten, durch seine Beteiligung an der Verschwörung gegen die Regierung Hoffmann im März 1920, die bayerische „Ordnungszelle“ errichtete und zur Kräftigung der Staatsautorität den Kampf gegen das Reich einleitete, mußte sich diese Zelle naturgemäß immer mehr zu einem Organismus des Umsturzes, der Straßendemagogie und eines politischen Rüsselthums sondergleichen auswachsen. Diese Entwicklung vorauszuweisen, war allein der Sozialdemokratie vorbehalten, die bayerischen — mit Respekt zu sagen — „Staatsmänner“ — waren dazu nicht imstande. Eine Tellurische mag in dem Satz des Historiographen v. Heigl liegen, daß nämlich die politische Einsicht im Quadrat der Entfernung von der politischen Zentralstelle — hier das Reich — abnimmt. Für das auffällige geistige Kleben an längst überwindenen Vorstellungen, das man an der Ysar als Sinn für das „historisch Geordnete“ etikettiert, kommen jedoch als letzte Ursachen soziale, kulturelle und ökonomische Faktoren in Betracht.

In letzter Zeit hat sich das nationalsozialistische Rüsselthum zu einem die bayerische Rüsselwesentlich beeinflussenden Faktor aufgeschwungen. Die bürgerlichen Parteien, wie ihre Regierung, begehen unter dem Damoklesschwert einer Straßendemagogie, die offen und unbehelligt von den Behörden und der Polizei Nord und Südschlag allen androht, die nicht „rasserein“ oder Sozialdemokraten sind; ebenso offen, die es wagen sollten, dem faschistischen Rüsselthum hindernd in den Weg zu treten. Die einige Proben von dem, was sich die Umsturzer in dem „gemüthlichen“ München erlauben darf: In einer der letzten Versammlungen derer um Hitler, wurde die Drohung wiederholt: „Wer wird nicht mehr lange leben! In einer andern Versammlung wurde gesagt:

„Das Blut der Novemberbeulen muß fließen. Blut, Blut und nochmals Blut. Es ist eine Schande für uns und ein steter Vorwurf, daß ein solcher Schweinehund wie Kuefer noch lebt und zu Kräfte reden kann. Er müsse sterben, ebenso die ganze Truppe dieser Novemberbeulen, dieser Oberst, der seine Befehle nicht abgeben wollte und beumelt. Die Diktatur muß aufgerufen und sie alle müssen abgeschlachtet werden. Anreißer müsse im Blut der Juden und ihrer Anrechte gemietet werden. Gulach müsse gemacht werden. Die gemeinen Lumpen des Staatsgerichtshofs müssen vor ein Volksgericht gestellt werden.“

Als Diktator hat diese Bande nicht mehr den im Kriege geistig extraktierten Deutscherreicher Hitler, sondern den müssigen glorioßen Lubendörff im Auge. Denn allmählich rücken die Hintermänner des politischen Rüsselthums aus ihrer Niederstellung an die Front vor, oder sie werden von ihren Truppen dahin geschoben. Die Bevölkerung aber wird mürbe gemacht und allmählich an eine Münchner Bluthochzeit gewöhnt, durch sich täglich wiederholende Ueberrückfälle aus harmlose Passagen oder Gasse in Kassehäusern und Wirtschaften, deren Nase oder Haarfarbe nationalsozialistischer Lausbuben zu dem Verdacht berechtigt, es handle sich dabei um Personen, die nicht „voll und ganz“ zu ihrer Rasse gehören. Um Mißgriffe möglichst zu vermeiden, wird in neuerer Zeit auf offener Straße eine bei israelitischen Männern untrügliche Ahnenprobe vorgenommen! Bereits ist es soweit gekommen, daß das Entrollen der Reichsflagge nicht nur von dem Rüsseltrupp, sondern sogar von der Polizei als provokierend betrachtet wird, wie es am Freitagsonntag bei der Demonstration der Gewerkschaften und den Sozialdemokraten geschah. Eine beachtenswerte Illustration zu der jetzt von den Reaktionären so eifrig betriebenen Einheitsfront. Aber die organisierte Arbeiterklasse Papers tritt nicht auf die schon lange mit öligen Whorfen eingeschierte „nationale“ Weimute. Eine Frage, die noch ausgiebiger Erklärung bedarf, besteht hinsichtlich der Finanzierung des Rüsselthums. Denn: kein Geld, keine Rotweiss! Hauptmann Hitler prächtete wiederholt mit dem ihm zur Verfügung stehenden Millionen. Aber die kostspieligen Autofahrten dieses Herrn, die Massenausflüge seiner Hundertschaften zur Bearbeitung anderer Städte, wie die Erhaltung von 800 bis 1000 wohlbewaffneten Faulenigern helfen, daß dieses Rüsselthum einen sehr realen Hintergrund besitzt. Sicher ist, daß der bayerische Industriellenverband und dessen schamlos materielle Mitglieder für Umsturzwende reichlich spenden. Imolett der französische Frank unter den christlich-germanisch freiersten Diktatoren rollt, wird sich später deutlich erweisen. Vorläufig ist man in dieser Hinsicht auf den Indizienbeweis angewiesen. Die Demonstrationen in München vor den Quartieren der Ententekommissionen, die Vorgänge in Passau und Ingolstadt, das Verschwinden des Dr. Dard aus München unmittelbar nach diesen Vorgängen und sein Wiederauftauchen gleich nach der Besetzung des Ruhrgebietes, deuten nur zu klar darauf hin, daß die Aktionen der National-Rüsselsozialisten bezwecken, den Franzosen neue Vorwände für „Sanktionen“ zu liefern und die Lage des deutschen Volkes bis zur Unretruglichkeit zu steigern. An dem überlistigen Feuer nationaler Empörung wollen diese „echt deutschen Männer“ ja ihr Umsturzsphyden locken. Warum die Regierung nicht einschreitet, warum sie diesen Terroristen gegenüber die Wanzentaktik befolgt, das läßt sich sehr leicht beantworten. Mit ihrer Kamphantage gegen den „Marxismus“ und die materialistische Weltanschauung, zwei Dinge, von denen die meisten so viel ver-